

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Dezember 2023

Hauptstadt magazin



Tarifverhandlungen
mit der TdL

**Heftige Proteste
nach zwei Runden**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Inhalt

Gespräch	
Viel Übereinstimmung mit dem Regierenden Bürgermeister	4
Arbeitnehmer	
TdL-Verhandlungsführung löst Protestwelle aus	6
Pfeifkonzert zum Auftakt der Justizministerkonferenz	7
Parkraumbewirtschaftung	
Akt der Vernunft	9
Berlinerin im DRV-Selbstverwaltungsparlament	9
Schwerpunktthema Personalrat	
Mitgestalten statt meckern	10
DPoIG Berlin	
Polizeizulage verbessern	11
Diversity	
Regenbogen Netzwerk gegründet	11
Kultur und Unterhaltung	
Kinohauptstadt Berlin	12
DDR-Museum in Prenzlauer Berg	13
Preisrätsel	15
Legenden des Nachhimmels	16

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

heftige Proteste hat die schleppende Verhandlungsführung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in der aktuellen Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder bundesweit und natürlich auch in Berlin ausgelöst. Mit Recht – angesichts von Inflation, TVÖD-Abschluss und personellem Ausbluten der Länder ist völlig unverständlich, dass nach zwei Verhandlungsrunden immer noch kein Angebot vorliegt.

Das dringende Gebot der Stunde, nämlich eine Beschäftigung im Landesdienst wieder attraktiv zu machen oder zumindest den Rahmenbedingungen beim Bund anzunähern, hat zumindest der Berliner Senat erkannt. In einem Gespräch mit der dbb Landesleitung am 21. November sah der Regierende Bürgermeister Kai Wegner zumindest keine Alternative zu einer stufenweisen Angleichung der Berliner Bezüge an das Bundesniveau. Überhaupt konnte die Landesleitung viele Übereinstimmungen mit dem Regierungschef feststellen, wengleich der leider wiederholt auf enge finanzielle Spielräume hingewiesen hat.

In Sachen Mitbestimmung kommen in dieser Ausgabe drei erfahrene dbb Personalratsmitglieder zu Wort, die natürlich am allerbesten wissen, warum sich Personalratsarbeit lohnt – für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sowieso, aber auch für die Akteure selbst.

Einen Besuch abgestattet hat das hauptstadt magazin dem „DDR-Museum“ in der Kulturbrauerei in Prenzlauer Berg. Der mit einer enormen Zahl von Alltagsgegenständen untermauerte Einblick in den DDR-Alltag ist auf jeden Fall einen Besuch wert, ebenso wie das in dieser Ausgabe kurz vorgestellte neue Programm „Legenden des Nachhimmels“ im Zeiss-Großplanetarium.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich ein frohes und friedvolles Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr!

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea

Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition:

Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 20,

gültig ab 1.1.2023. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. Fotos: wie angegeben.

Titelbild: Annemarie Wellige

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Spitzengespräch mit dem Regierenden Bürgermeister

Der politische Wille ist da

Dem öffentlichen Dienst bläst der Wind beim Berliner Senat nicht länger – wie in viele Jahre zuvor – ins Gesicht. Das konnte die Landesleitung des dbb berlin bei ihrem zweiten offiziellen Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner am 21. November 2023 erfreut feststellen. In der Sache herrschte bei den vom dbb berlin angerissenen Problemen meist Übereinstimmung, wegen der angespannten Haushaltslage verwies der Regierungschef jedoch wiederholt auf finanzielle Schranken.

So gibt es nach wie vor nur einen sehr vagen Fahrplan für die schrittweise Anpassung der Landesbesoldung an das Bundesniveau, für die dbb Landeschef Frank Becker eine konkrete Perspektive forderte. Fest steht, dass zunächst der anstehende Tarifabschluss mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) abgewartet und dessen Ergebnis schnellstmöglich und inhaltsgleich auf die Berliner Beamtinnen und Beamten übertragen werden soll. Auf dieser Grundlage werde dann in drei Schritten innerhalb von fünf Jahren die Berliner Besoldung mit der des Bundes gleichziehen, kündigt Wegner an.

Keine konkreten Zusagen

Zu der erneut vom dbb berlin angemahnten Reparatur der Verfassungsverstöße in der Beamtenbesoldung gebe es erste Kostenrechnungen. Konkrete Zusagen dazu mochte Wegner, der sich seiner Verantwortung für die 134.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Berlin durchaus sehr bewusst ist, zum gegenwärtigen Zeitpunkt der laufenden Haushaltsberatungen schon aus Gründen der politischen Glaubwürdigkeit nicht geben. Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny warnte allerdings vor einer Kürzung der ohnehin knappen Fortbildungsmaßnahmen wegen fehlender Haushaltsmittel. Die Erfahrung habe gezeigt, dass die Fortbildung besonders einspargefährdet sei – mit verheerenden langfristigen Folgen für den Verwaltungsablauf.

Staat muss Zähne zeigen

Breiten Raum nahm das Thema Gewalt gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in dem Gespräch ein. Diskutiert wurde ins-

besondere der von der DPoIG Berlin initiierte und vom dbb berlin unterstützte Vorstoß für eine Antragsentschädigung für die Betroffenen (siehe hauptstadt magazin November).

Der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf erläuterte in diesem Zusammenhang nochmals den zusammen mit der Forderung nach der Entschädigung unterbreiteten Vorschlag für eine Gegenfinanzierung. Danach soll der Dienstherr seine den Betroffenen gewährten Leistungen bei den Tätern einklagen. Von einem solchen Vorgehen,





Die Landesleitung des dbb berlin bei dem Spitzengespräch: Martina Riedel, Thomas Goiny, Regierender Berliner Bürgermeister Kai Wegener, dbb Landesvorsitzender Frank Becker und Bodo Pfalzgraf (von links)

betonte auch der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny, würde auch eine wichtige Signalwirkung an die Verursacher der Gewalt ausgehen. „Der Staat muss Zähne beziehungsweise den festen politischen Willen zeigen, den Gewaltauswüchsen entgegenzutreten. Andernfalls kann auch kein Nachwuchs mehr in den besonders betroffenen Berufen gewonnen werden“, so Goiny. Wichtig sei auch, Beleidigungen in den Gewaltbegriff einzubeziehen.

dbb Landeschef Frank Becker forderte schließlich die Einbeziehung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen bei der Durchführung von „Gewaltgipfeln“, wie sie in Berlin schon drei Mal zur Bekämpfung der Jugendgewalt stattgefunden haben, ein.

Warnung vor überflüssigen Hierarchien

Im Zusammenhang mit dem im Aufbau befindlichen Landesamt für Katastrophenschutz richtete der dbb berlin den dringenden Appell an den Regierenden Bürgermeister, diese Einrichtung organisatorisch selbstständig auszugestalten. „Zusätzliche hierarchische Strukturen, die bei einer Angliederung an eine bestehende Behörde entstehen, würden den erforderlichen unverzüglichen Einsatz im Katastrophenfall unnötig verzögern“, gab der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf zu Bedenken. Mit dem Landesamt soll der mangelhafte Bevölkerungsschutz in Berlin durch ein wirksames staatliches Krisenmanagement verstärkt werden. Unter anderem

ist die Einrichtung eines Lagezentrums und eines ständigen Krisenstabs vorgesehen. Außerdem soll das Amt Risikoanalysen, Übungen und Schulungen durchführen sowie ein Katastrophenschutzlager zur Bevorratung von wichtigen Einsatzmitteln für Großschadens- und Katastrophenlagen aufbauen. Wegener, der erheblichen Nachholbedarf im Berliner Katastrophenschutz angesichts der weltpolitischen Lage sieht, nahm die dbb Anregung gern auf.

Rundschreiben erneuern

dbb Landeschef Frank Becker wies am Ende des Gesprächs noch auf aktuelle Schwierigkeiten hin, die sich in der Praxis bei der Gewährung von Sonderurlaub für gewerkschaftliche Zwecke ergeben haben. Grund dafür sei, dass der Sonderurlaubsanspruch durch Rundschreiben geregelt sei, die grundsätzlich kein Verfallsdatum kennen. Offenbar würden aber in zahlreichen Dienststellen die Rundschreiben von Vorgängerregierungen fälschlicherweise als nicht mehr relevant ausgelegt und missachtet. Der dbb berlin regte deshalb an, dass auch Rundschreiben in bestimmten Intervallen erneuert werden. Auch dieser Vorschlag stieß beim Regierenden Bürgermeister auf offene Ohren, sodass Frank Becker am Ende des Gesprächs das Fazit ziehen konnte: „Wir konnten sehen, dass es dem Regierenden Bürgermeister mit seiner Fürsorgepflicht für den öffentlichen Dienst Ernst ist – leider mussten wir aber auch feststellen, dass die finanziellen Möglichkeiten offenbar sehr begrenzt sind.“

Tarifverhandlungen mit der TdL **Der Unmut ist groß!**

Die Empörung über die schleppende Verhandlungsführung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über Einkommensverbesserungen für die Beschäftigten der Länder ist von Tag zu Tag angewachsen.

Denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Berliner Landesdienstes haben für zeitraubende Rituale und verstörende Signale an die Beschäftigten angesichts der desolaten Situation der Länder im Wettbewerb um das dringend benötigte Personal keinerlei Verständnis mehr. „Es darf keine Alternative zu einem zumindest gleichwertigen Abschluss wie dem auf Bundesebene geben“, bekräftigte auch der Berliner dbb Chef Frank Becker nach einer Sitzung der Landestarifkommission.

Diese hatte sich bei Redaktionsschluss für weitere Proteste ausgesprochen, wie sie dbb Mitgliedsgewerkschaften in vielen Teilen der Stadt zuvor schon aufflammen ließen.

So hatte die gkl berlin am 22. November zu einer Mahnwache vor der Senatsverwaltung für Finanzen in der Klosterstraße aufgerufen, um die Arbeitgeber endlich „in Bewegung zu bringen“. Rund 50 gkler forderten – angefeuert von ihrer stellvertretenden Landesvorsitzenden Petra Woosmann – in lauten Sprechchören 10,5 Prozent, mindestens 300 Euro, die Übernahme der Auszubildenden und die Stadtstaatenzulage.

Der Protestzug ging vom Wittenbergplatz ...



© gkl berlin



Vorübergehend wurde die Aktion auch vom dbb Landesvorsitzenden Frank Becker unterstützt: im Bild links neben der vor dem Plakat stehenden gkl Chefin Kerstin Gutwasser-Friebel.



© gkl berlin

Die Mahnwache der gkl berlin



© DBSH Berlin (3)

Der DBSH Berlin hatte sich solidarisch einem Streikaufruf des VBE Berlin angeschlossen.

„Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten geht anders! Der Respekt für die Leistungen unserer Kolleginnen und Kollegen muss auch im Portemonnaie ankommen“, unterstrich die Vorsitzende der gkl berlin, Kerstin Gutwasser-Friebel. Außerdem wies die Vorsitzende darauf hin, dass Tausende Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt seien und es auch bleiben, sofern die Arbeitgebenden nichts unternehmen. „Die Menschen gehen dahin, wo die Bedingungen für sie besser sind. Nur wer gut zahlt, bekommt gute Leute und kann sie auch halten.“

Am selben Tag fand ein ganztägiger Warnstreik des VBE Berlin statt. Dem Protestzug vom Wittenbergplatz zur Kundgebung am Brandenburger Tor folgten Hunderte Beschäftigte, darunter auch viele Mitglieder des Berufsverbands für Soziale Arbeit (DBSH) Berlin, der speziell dafür geworben hatte „gemeinsam für die Stadtstaatenzulage auf die Straße zu gehen“. In den besonderen Fokus gestellt werden sollte



... bis zum Brandenburger Tor.

damit die neben neben einer Einkommensanpassung von 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro, erhobene Forderung nach einer Zulage von 300 Euro. Grundsätzlich mahnten die Demonstranten mehr Wertschätzung für ihre Arbeit an.

Auch die Mitglieder der DSTG Berlin machten ihre Empörung über das nach zwei Verhandlungsrunden

immer noch ausstehende Angebot der Arbeitgeberseite mit einer Demonstration am 30. November Luft.

Weitere Proteste waren bei Redaktionsschluss in Vorbereitung. So hat die DPolG Berlin die Beschäftigten der Polizei und der Ordnungsämter am 1. Dezember 2023 zu einem Warnstreik aufgerufen. ■

Justiz

Personelle Notlage nicht verschärfen!

Mit einem gellenden Pfeifkonzert haben über 100 Justizbeschäftigte am frühen Morgen des 10. November die Teilnehmer der Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister in Berlin empfangen. Aufgerufen zu der Aktion hatten DJG und BSBD, die die eintreffenden Justizminister und -senatoren auf unüberhörbare und auf vielen Transparenten sichtbare Weise für ihre akuten Probleme und Nöte sensibilisieren wollten.

Das Fass zum Überlaufen gebracht hatte bei den ohnehin von gravierendem Personalmangel, unzureichenden Karrierechancen und schlechten Arbeitsbedingungen gebeutelten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justiz- und Justizvollzugsdienst ganz offensichtlich die Blockadehaltung der Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder. Deren Ergebnis ist bekanntlich auch Maßstab für die Anpassung der Beamtenbesoldung.

„Unterstützen Sie unsere moderate und angemessene Forderung nach 10,5 Prozent mehr Lohn und min-

destens 500 Euro“, appellierte der BSBD-Bundesvorsitzende Rene Müller an die Gastgeberin und Vorsitzende der Konferenz, die Berliner Justizsenatorin Felor Badenberg, denn ein schlechterer Abschluss als beim Bund würde das personelles Ausbluten der Länder weiter verschärfen.

Unterstützung durch Berliner Justizsenatorin

Bei Felor Badenberg stieß dieser Appell auf ungeteilte Zustimmung: „Sie haben mich auf Ihrer Seite!



Berlins Justizsenatorin Felor Badenberg (links) werden vom BSBD-Bundesvorsitzenden Rene Müller (rechts) und dem Berliner BSBD-Landesvorsitzenden Thomas Goiny (Mitte) die Forderungen der dbb Justizgewerkschaften überreicht.



Mehr Wertschätzung und Anerkennung für die Beschäftigten der Justiz liegt mir am Herzen“, rief die Senatorin aus.

Der Berliner BSBD-Chef Thomas Goiny zeigte sich erfreut über die Unterstützung durch die Senatorin, die die aktuellen dbb Einkommensforderungen für die Landesbeschäftigten offensichtlich ebenfalls für angemessen hält. „Ohne eine gute Bezahlung droht der personelle Kollaps in den Landesverwaltungen“, warnte Goiny. In der Justizdiensten schreckten schlechte Arbeitsbedingungen und wachsende Gewalt gegenüber den Beschäftigten den dringend gesuchten Nachwuchs zusätzlich ab.

Riesiger Reformstau

Wie dramatisch die personellen Abwanderungen in Berlin zum besser bezahlenden Bund ohnedies schon sind, verdeutlichte der stellvertretende Berliner DJG-Chef Ulf Melchers: „Mit den vielen Pensionierungen werden wir noch fertig, nicht aber mit den mittlerweile doppelt so hohen Abgängen zu den in Berlin ansässigen Bundesbehörden.“ Zugleich unterstrich Melchers, dass es auch mit einer deutlichen Einkommenserhöhung nicht getan sein kann: „Die ordent-



© Jan Brenner (3)

liche Gerichtsbarkeit und der Vollzug stehen vor einem Reformstau groß wie der Mount Everest.“ Speziell die Laufbahnverordnung für die Justiz bedürfe dringendst einer Überarbeitung. „80 Prozent der Beschäftigten der ordentlichen Gerichtsbarkeit gehen im Eingangsamt in Pension“, brachte Melchers die desolate Situation auf den Punkt. Die DJG habe der Justizsenatorin ein umfangreiches Forderungsspapier zum Abbau des Reformstaus zukommen lassen.

Beschäftigte der Justiz und des Justizvollzugs warten auf das Eintreffen der Justizminister und -senatoren.

Auch für den BSBD ist eine adäquate Einkommensanpassung allein kein Allheilmittel. In einer Resolution fordert die Gewerkschaft insbesondere eine aufgabenorientierte Personalplanung, die Besetzung aller offenen Stellen und ebenfalls eine Modernisierung des Laufbahnrechts und der Entgeltordnung.

Blockadehaltung kritisiert

Zu der Justiz-Aktion am 10. November hatte auch der dbb bund aufgerufen, dessen stellvertretender Bundesvorsitzender und Tarifvorstand Volker Geyer vor den Demonstranten die Blockadehaltung der Arbeitgeberseite auch in der 2. Verhandlungsrunde scharf kritisierte. „Es geht um Respekt, der auch im Geldbeutel ankommt“, so Geyer wörtlich.

Die Justizministerkonferenz (JuMiKo) befasste sich bei ihrer Herbsttagung am 10. November in Berlin insbesondere mit dem Schutz jüdischen Lebens in Deutschland durch konsequente strafrechtliche und gegebenenfalls aufenthaltsrechtliche Sanktionen. Auch die Verhinderung verfassungsfeindlicher Strömungen, der effektive Umgang mit innovativen Technologien, die Bekämpfung von Straftaten im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz und digitaler Gewalt sowie die Beschleunigung der Strafverfolgung jugendlicher Straftäter standen auf der Tagesordnung. Zur nachhaltigen Bekämpfung Organisierter und schwerer Kriminalität wurde die Erweiterung des rechtlichen Handlungsspielraums beraten. ■

Senat beschließt Parkerleichterungen

dbb berlin: ein Akt der Vernunft

Der Berliner Senat hat am 7. November eine krasse Fehlentscheidung seiner Vorgängerregierung korrigiert. Die hatte nämlich ohne große Rücksicht auf Beschäftigte der Daseinsvorsorge oder der systemrelevanten Infrastruktur mit regelmäßig ungünstigen Arbeits- oder Dienstzeiten ihre Parkraumbewirtschaftung durchgepeitscht. Jetzt sollen den betroffenen Beschäftigten u. a. der Polizei und Feuerwehr, des medizinischen Personals sowie anderer systemrelevanter öffentlicher Bereiche wieder eine vereinfachte Freistellung von der Parkgebührenpflicht für Fahrten zur Arbeit ermöglicht werden.

„Ein Akt der Vernunft“, kommentierte dbb Chef Frank Becker den Senatsbeschluss. „Der dbb berlin hat wiederholt darauf gedrängt, Schichtdienst leistende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nicht durch absurde Parkvorschriften zu behindern und damit das Funktionieren großer Teile der Berliner Verwaltung, gerade auch im sensiblen Bereich der inneren Sicherheit, zu gefährden.“

Nach Angaben der Senatorin für Mobilität und Verkehr, Manja Schreiner, soll die neue Regelung für Beschäftigte gelten, die vor 6.30 Uhr oder nach 22.30 Uhr ihre Beschäftigung antreten.

Für die Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei Berlin, der Berliner Feuerwehr und der Berliner Justiz sollen das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) und die Bezirksämter zuständig sein.

Die Senatsvorlage wird jetzt zunächst dem Rat der Bürgermeister zur Beteiligung vorgelegt.

Berlinerin im Parlament der Deutschen Rentenversicherung Bund

Nach Abschluss der Sozialwahl 2023 Ende Mai hat das neue Selbstverwaltungsparlament der Deutschen Rentenversicherung Bund am 4. Oktober in Berlin seine Arbeit aufgenommen. Für den dbb mit dabei in dem 30-köpfigen Gremium: Michaela Mandal (gkl berlin) aus Berlin.

In den kommenden sechs Jahren wird sie die Versichertenseite und natürlich die Interessen der dbb Mitglieder im neuen Parlament vertreten.

Die Vertreterversammlung verabschiedet unter anderem den rund 174 Milliarden Euro schweren Haushalt der Deutschen Rentenversicherung Bund. Darüber hinaus kontrolliert sie die ordnungsgemäße Verwendung der von Versicherten und Arbeitgebern gezahlten Beitragsmittel. ■

Arbeit im Personalrat

Mitgestalten statt meckern

Die Arbeit eines Personalratsmitglieds ist zugegebenermaßen oft recht anstrengend, zumal sie in den meisten Fällen neben dem normalen Arbeitsalltag abläuft und immer wieder neue Problemlagen aufwirft, deren Lösung wiederum den Einstieg in neue Wissensgebiete erfordert.

Auch wenn der dbb berlin und seine Fachgewerkschaften gern mit Rat und Tat helfen, muss das einzelne Personalratsmitglied sich immer wieder in Sachverhalte einarbeiten und sich auf den neuesten Stand der Gesetzgebung bringen.. Warum machen Personalratsmitglieder das? Das hauptstadt magazin wollte es genau wissen und hat bei drei Betroffenen nachgefragt. Die aufschlussreichen Antworten lauteten so:



Sandra Heisig

Alles in allem irgendwie ein Win-Win-Situation, die ich jedem nur ans Herz legen kann, auch wenn es manchmal anstrengend und langwierig werden kann. Und eins verspreche ich euch aus eigener Erfahrung: Der Jugendruhestand kommt schneller als man denkt.“

Sandra Heisig, DSTG Berlin

„Die Arbeit im Personalrat ist meines Erachtens eine hervorzuhebende ehrenamtliche Tätigkeit. So werden Belange der Mitarbeitenden realistisch gespiegelt und das WIR gefördert. Transparenz und auf Augenhöhe für eine tolle Arbeitsatmosphäre der Belegschaft.“

Hans-Georg Brinkmann, gkl berlin

„Vor nunmehr knapp 3,5 Jahren bin ich die Vorsitzende der GJAV der Berliner Finanzämter geworden. Und auch wenn ich am Anfang nicht genau wusste, was genau mich erwartet, war der Sprung ins kalte Wasser genau das, was mir viel ermöglicht hat. Ich bin verantwortlich für alle Anwärtinnen und Anwärter der Berliner Finanzverwaltung, kann maßgeblich an Verbesserungen mitwirken und stehe im vertrauensvollen Austausch mit Vertretern der Dienststelle.



Hans-Georg Brinkmann

„Als ordentliches Mitglied im Personalrat der Direktion Einsatz/Verkehr und als Ersatzmitglied im Gesamtpersonalrat der Polizei Berlin kann ich regelmäßig zum Beispiel bei neuen Vorschriften, neuen Dienstvereinbarungen, Einhaltung des Arbeitsschutzes, Ausgestaltung des Arbeitsplatzes und Anschaffung von Einsatzmitteln mitbestimmen. Außerdem stehe ich auch als direkter Ansprechpartner für Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung. Gerade bei wichtigen Personalangelegenheiten wie Probezeitverlängerungen, Frühpensionierungen, Disziplinarverfahren, Auswahlverfahren oder Beförderungen ist die Mitsprache einer basisnahen Beschäftigtenvertretung unheimlich wichtig. Daher werde ich bei den Wahlen 2024 wieder kandidieren.“

© Patrick Matuschka

Endlich nicht nur zu meckern, sondern auch tatsächlich mitzureden, war ein guter Grund, mich nach der ersten Amtszeit noch mal aufstellen zu lassen. Zusätzlich konnte ich mich persönlich weiterentwickeln: Durch den ständigen Wechsel zwischen JAV-Arbeit und meinem regulären Job habe ich einen abwechslungsreichen Arbeitsalltag, der aber auch viel Selbstorganisation erfordert. Durch die Beteiligung an vielen Vorgängen entwickelte ich auch schnell ein Verständnis für Dienst- und Laufbahnrecht, aber auch meine rhetorischen Fähigkeiten konnte ich ausbauen.



Kay Biewald

Kay Biewald, DPoIG Berlin

DPoIG Berlin

Polizeizulage verbessern!

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Berlin hat eine Erhöhung der Polizeizulage gefordert. Außerdem müsse die Zulage ruhegehaltstauglich werden. Aktueller Anlass für den Vorstoß ist die angespannte Sicherheitslage in Berlin, bei der fixierte Dienstpläne von heute auf morgen geändert werden müssen.

Damit werde, so die DPoIG Berlin, jedes Mal eine fatale Kettenreaktion ausgelöst, bei der Einsatzkräfte und Mitarbeitende überstrapaziert und verschlissen werden. Auf Wertschätzung für diese besondere Härte warten die Betroffenen bislang vergeblich.

Die Kettenreaktion wird ausgelöst, weil die Direktionen – zusätzlich zu den fest vorhandenen Einsatzhundertschaften in der Direktion Einsatz und Verkehr – eigene Alarmhundertschaften (AHu) aufstellen.

Die Einsatzkräfte, die in eine AHu gezogen werden, fehlen natürlich im normalen Basisdienst, zum Beispiel auf dem Funkwagen, und müssen durch andere Kolleginnen und Kollegen ersetzt werden.

Das heißt, kurzfristig und außerhalb ihres Dienstplans müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Aufgaben zusätzlich übernehmen. Die Betroffenen, die möglicherweise aus ihrer Freizeit gerissen werden, erhalten dafür keinerlei Entschädigung.

„Die Behörde und der Gesetzgeber halten das für selbstverständlich“, kritisiert der stellvertretende Landesvorsitzende der DPoIG Berlin, Torsten Riekötter, „das können wir als Polizeigewerkschaft aber auf keinen Fall so laufen lassen. Diese Belastung gehört vergütet.“ Erstens gelte es, die tatsächlichen körperlichen, geistigen und seelischen Herausforderungen im Polizeidienst anzuerkennen und die Polizeizulage entsprechend zu erhöhen.

Zweitens müsse die Polizeizulage ruhegehaltstauglich werden. „Das ist kein Hokusfokus, sondern der Bundespolizei auf Bundesebene bereits zugestanden worden,“ unterstreicht Riekötter die Berechtigung der Forderung. ■

Regenbogennetzwerk gegründet

Am 7. November hat die erste offizielle Versammlung des Regenbogennetzwerks der Berliner Verwaltung stattgefunden. Mit dabei: einer, der sich mit spezieller Interessenvertretung bestens auskennt, nämlich der Schwerbehindertenvertreter des dbb berlin, Steffen Pohl. Über die Gründungsveranstaltung schreibt er:

„Zur ersten offiziellen Versammlung kamen 120 der insgesamt 200 dem Netzwerk beigetretenen queeren Beschäftigten im Willy-Brandt-Saal im Rathaus Schöneberg zusammen.

Bezirksbürgermeister Jörn Olthmann erinnerte in seinem Grußwort an queere Traditionen des Bezirks Tempelhof-Schöneberg. 1996 wurde hier erstmals vor einem Berliner Rathaus die Regenbogenfahne gehisst.

Finanzsenator Stefan Evers, der für das Landespersonal und auch für die Leitstelle Diversity zuständig ist, betonte, dass jeder Beschäftigte als selbstverständliches Glied der Verwaltung in der Lage sein müsse, ohne Zurückhaltung sein Gesicht zu zeigen. Verwaltung müsse auch ein Zuhause sein. ‚Berlin ist ein Leuchtturm der Vielfalt, der aber noch mehr leuchten muss und kann‘, fasste er zusammen.

Sozialsenatorin Cansel Kızıltepe verwies darauf, dass das Land Berlin mit seinen 132 000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber der Region ist. ‚Wir wol-

len aber auch einer der besten Arbeitgeber der Region sein‘, ließ sie unmissverständlich wissen.

Der Queerbeauftragte Alfonso Pantisano warf einen allgemeineren Blick auf die Situation queerer Menschen. Heteronormativität werde am Arbeitsplatz andauernd ausgelebt – so in Gesprächen über das Wochenende, das Zusammenleben mit dem Ehepartner und mit Kindern. Nur ein Drittel der queeren Arbeitnehmer dagegen hätten sich am Arbeitsplatz überhaupt geoutet. Pantisano forderte neben Transitionsrichtlinien auch in den Außenbezirken ein ähnliches Angebot wie im queeren Kiez Tempelhof-Schöneberg.

Dem öffentlichen Teil folgte die Communityarbeit. Satzung und Geschäftsordnung wurden beschlossen und ein Sprecherteam samt Stellvertreterinnen und Stellvertretern gewählt. Letzter Tagesordnungspunkt war ein Ausblick auf die nahe Zukunft: Um den kollegialen Austausch und eine höhere Sensibilität für queere Lebensweisen in der Verwaltung zu fördern, soll zunächst die Mitarbeit an den Transitionsrichtlinien und an einer gendersensiblen Gemeinsamen Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung (GGO) in Angriff genommen werden.

Nach dreieinhalb Stunden war es vollbracht. Ich hoffe, dass das Regenbogennetzwerk gelingt.“

Mehr: www.berlin.de/regenbogennetzwerk ■

Kinohauptstadt Berlin

Berlin ist die deutsche Stadt mit den meisten Kinos. 95 sind es an der Zahl, ließ Christine Berg, Vorsitzende des Hauptverbandes Deutscher Filmtheater (HDF Kino), beim Medientreff der Berliner CDU-Fraktion am 21. November wissen. Aber nicht nur die Vielzahl der Lichtspielhäuser ist beeindruckend, sondern auch ihre enorme Bandbreite, die ein außerordentlich vielfältiges Programmangebot garantiert. Für alle Bevölkerungsgruppen ist etwas dabei.



Hatte für Berliner Kinos eine gute Nachricht im Gepäck: Regierender Bürgermeister Kai Wegner.

Auch mit wirtschaftlich sehr interessanten Fakten wartete Berg bei dem Medientreff auf: 60 Millionen Euro hat allein der Ticketverkauf der Berliner Kinos im vergangenen Jahr eingebracht, wobei der Umsatz durch Popcorn-, Süßwaren und Getränkeverkauf noch weit darüber liegt.

Interessant auch, dass die 30 Prozent der Berliner Kinos, die renoviert sind, Zulauf verbuchen, während die übrigen mit rückläufigen Zahlen das Nachsehen haben. Der Hauptverband Deutscher Filmtheater fordert deshalb, diesen Häuser mit Fördermitteln Investitionen zu ermöglichen. Umso mehr Beifall rief bei der Veranstaltung hervor, dass der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, selbst passionierter Kinogänger, dann auch Fördermittel in Höhe von 6 Millionen Euro aus dem Doppelhaushalt für die Berliner Kinos zusagen konnte. Der Berlinale wird künftig von Berlin mit 2 Millionen Euro gefördert.

Freuen können sich darüber so gut wie alle Berliner, denn, wie der Vorsitzende der AG Kino-Gilde und Chef der York-Kinogruppe, Christian Bräuer, auflistete, gehen 92 Prozent der Berliner zumindest einmal im Jahr ins Kino, fast die Hälfte der Berliner zieht es sogar viermal jährlich an den Ort, wo man vor sich hinträumen oder auch die Seele trösten lassen kann, nämlich ins Kino. ■

Eine Liebe mit Tramtram

Die BVG bringt Anfang Dezember ein eigenes Musical „Tarifzone Liebe – die Gefühle fahren Straßenbahn“ im Admiralspalast zur „U-Aufführung“. Eigens dafür komponierte und getextete Songs erzählen die Liebesgeschichte zwischen der Straßenbahn Tramara und ihrem Fahrgast Alexander.

Geboten werden in dem einstündigen Bühnenstück Emotionen, Drama und natürlich schräger Humor – ein Erfolgsrezept, das der BVG schon in der Vergangenheit millionenweise Klicks, Likes und Fans eingebracht hat.

„Wir freuen uns, dieses tolle Projekt auf die Bühne zu bringen. Das Zusammenleben in der Großstadt funktioniert nur, wenn wir das Gute ineinander sehen. Deshalb setzen wir in unserer Story ein Zeichen für Zusammenhalt und gegenseitige Akzeptanz“, so Christine Wolburg, Leiterin Vertrieb und Marketing

bei der BVG. „Wir hoffen, dass wir durch das Musical die Begeisterung für unsere BVG mit noch mehr Menschen teilen können – als Musicalbesucher, als Fahrgäste oder natürlich gern auch als BVGler in einem unserer vielen tollen Jobs. Für alle gilt: Wir verbinden Berlin, die Weichen sind gestellt.“ ■



Museum in der Kulturbrauerei

Alltag in der DDR

Die Deutsche Demokratische Republik hat am 3. Oktober 1990, 0 Uhr, aufgehört zu existieren, ihre Spuren sind aber, speziell in Berlin, noch an vielen Orten deutlich sichtbar. Insbesondere Gedenkstätten und Mauerreste erinnern an die Teilung der Stadt, an Flucht und politische Verfolgung. Das DDR-Museum in der Kulturbrauerei in Prenzlauer Berg aber zeigt in erster Linie den Alltag von Millionen von Menschen, die 40 Jahre lang in einem Staat ohne freie Wahlen, ohne Gewaltenteilung und ohne Reisefreiheit gelebt haben.

Träger des Museums ist die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die seit ihrer Gründung vor fast einem Vierteljahrhundert (Alltags-)Gegenstände, Medien und Dokumente sammelt, um Erinnerungen und Kulturgüter vor dem Verschwinden und Vergessen zu bewahren. Eine Million Objekte umfassen die Sammlungen mittlerweile, mit denen Stiftung das „kulturelle Gedächtnis“ unserer Gesellschaft aufbaut.

Das vor zehn Jahren eröffnete DDR-Museum in Prenzlauer Berg, dessen Besuch übrigens kostenlos ist; ist der jüngste Ausstellungsort der Stiftung und neben dem Tränenpalast der zweite in Berlin.

In seiner Dauerausstellung zeigt es den Alltag in der DDR in seinen unterschiedlichen und oft sehr widersprüchlichen Facetten.

Wörtlich heißt es zu diesen Gegensätzen auf der Website des Museums sehr treffend: „Wie funktioniert dieser Staat, in dem ein Brötchen 40 Jahre lang 5 Pfennig kostet, Bananen aber Mangelware sind? Der den höchsten Fernsehturm in Deutschland baut, aber nicht genug Wohnungen für alle? Der die schönsten Märchenfilme dreht, aber kritische Künstler ausbürgert?“

Alltagsgegenstände als Zeitzeugen

Circa 160.000 Alltagsgegenstände und Designobjekte dokumentieren in der Dauerausstellung das Leben der Menschen in der DDR in den 1970er- und 1980er-Jahren im Betrieb, in der Öffentlichkeit und im Privaten. Präsentiert werden sie den Besucherinnen und Besuchern auf höchst anschauliche Weise: „Sie kön-



nen in einer Gaststätte, in einem Wohnzimmer oder an einer Werkbank Platz nehmen und dort mehr über Freizeit, den Wohnungsbau oder das Arbeitsleben in der DDR erfahren“, heißt es auf der Museums-Website dazu.

Dabei werden die Alltagsobjekte in der Ausstellung so durch historische Dokumente und zeitgenössisches Filmmaterial ergänzt, dass der erdrückende Einfluss des SED-Regimes auf den Alltag der Menschen allenthalben deutlich wird, Haustagebücher oder auch Brigadebücher sprechen hier eine deutliche Sprache.





© Stiftung Haus der Geschichte/Christoph Petras

Ein Glanzstück der Sammlung: Trabi mit Dachzelt

Aber auch der ideenreiche Umgang der DDR-Bürger mit Mangel und Grenzen findet in vielen Details Ausdruck, ebenso wie die Suche der Menschen nach Freiraum im Grünen.

Großes Besucherinteresse

Das Besucherinteresse am Alltag in der DDR ist auch mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ungebrochen. Nicht weniger als 1,2 Millionen Besucherinnen und Besucher wurden seit Gründung des Museums gezählt, das auch für nachfolgende Generationen eine wichtige Informationsquelle ist.

Dazu Mike Lukasch, Direktor des Museums: „Für junge Menschen, die die DDR nur aus Geschichtsbüchern kennen, ist es wichtig, das Leben in einer Diktatur anschaulich zu vermitteln. Alltagsthemen wie Urlaub, Arbeit oder Essen ermöglichen auch der jüngeren Generation einen Zugang zu diesem Teil der deutschen Zeitgeschichte.“

Regelmäßige Wechsausstellungen

Neben der Dauerausstellung präsentiert das Haus seit seiner Gründung auch regelmäßig Wechsausstellungen. Noch bis 14. Januar 2024 werden unter dem Titel „Niemandland und Musterdorf“ Fotoreportagen der Kölner Fotografin Bettina Flitner gezeigt, die die spannungreiche Umbruchphase in Ostdeutschland seit 1989 widerspiegeln.

Schließlich bietet das DDR-Museum, wie alle Häuser der Stiftung an den Standorten Bonn, Leipzig und Berlin, ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm sowie Bildungsformate für Kinder, Erwachsene, Schülerinnen und Schüler, Seniorinnen und Senioren.

Besonderes Kinderprogramm im Dezember

Besonderes Highlight in der Vorweihnachtszeit: Am 3., 10. und 17. Dezember können Kinder nach einem Rundgang durch die Dauerausstellung selbst ein Weihnachtswestpaket auspacken. Außerdem wird am 6. Dezember der Nikolaus im Museum erwartet. Schließlich stehen auf dem Veranstaltungskalender des Hauses kostenlose Begleitungen durch die Ausstellung.

Nähere Angaben dazu unter: <https://www.hdg.de/museum-in-der-kulturbrauerei/>



Einkaufen im HO-Laden

© Stiftung Haus der Geschichte/Christoph Petras

Bühnen- dekora- tion	Weiß- fisch, Karpfen- fisch	offener Güter- wagen	unwirk- lich	enthalt- sam le- bender Mensch	Schlaf- stätte, Nacht- lager	musika- lisches Werk	Abk. für Landes- kriminal- amt	Back- masse	dt. Schau- spieler (Mario)	Sinnes- organ	Post- sendung		
					ein Europäer			Währung verschie- dener Länder					
Borke be- stimmter Eichen				dickes Seil		Ge- wichts- einheit (Kzw.)			Roman von Stephen King		schänd- lich, nieder- trächtig		
emo- tional aufge- wühlt					6 Pfeifen- tabak		7	eine Zahl	Handels- brauch				
					<p>Unsere Gewinner Hochwertige Stifte gewonnen haben im November: Anika Oldenburg, 10315 Berlin Elke Ersig, 10829 Berlin Martina Janneck, 13055 Berlin Jürgen Klingbeil, 14089 Berlin Siegfried Dölle, 12437 Berlin Das Lösungswort lautete „Halloween“.</p>								
Kanal in dt. Küsten- städten		linker Neben- fluss der Fulda	sandig oder humus- artig										
			1										
Vor- raum, Flur	Geliebte des Leander		großes Gewäs- ser					ein Balte	Dienst- stelle; Behörde		5		
Ober- beklei- dungs- stück				lang- weilig; schlecht gewürzt	Halb- insel der Danziger Bucht	Kobold, Zwerg	Riesen- schlange	flüssiges Fett	Schwur		spanisch: Hurra!, Los!, Auf!		
auf- brausen (sich ...)						Chef, Vorge- setzter (ugs.)			Fluss in Russland				
Spazier- fahrt, Ausflug		einerlei; gleich- artig		2	Holz- blas- instru- ment			bayer. Heilbad an der Isar					
			Schutz- wall			3 weib- liches Bühnen- fach			4 Wind- schatten- seite e. Schiffs				

Drei verschiedene Preise ...

... sind bei dem Dezember-Preisausschreiben des hauptstadt magazin zu gewinnen. Die HUK-Coburg hat eine Einkaufstasche der Fa. HALFAR, einen Vakuumbeker der Firma METMAXX und einen Wireless-BT-Lautsprecher, S2 Digital, zur Verfügung gestellt, die unter den Einsendern der richtigen Lösung verlost werden. Machen Sie mit! Vielleicht wartet ja eine kleine vorweihnachtliche Bescherung auf Sie! Schicken Sie das Lösungswort an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030 327952-20

Einsendeschluss ist der 20. Dezember 2023
 Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© dbb berlin

PREISRÄTSEL



Weltpremiere im Zeiss-Großplanetarium

Legenden des Nachthimmels

Eine Weltpremiere hat am 23. November 2023 im Berliner Zeiss-Großplanetarium stattgefunden. In dem neuen circa 50-minütigen Programm werden Sagengestalten der griechischen Antike, die die Mänschen von alters her in den nächtlichen Sternenhimmel hineininterpretiert haben, unter der Planetariumskuppel zum Leben erweckt.

Die ukrainische Filmmacherin Iryna Filipova hat mit ganz besonders liebevollen und aufwendigen Illustrationen dafür gesorgt, dass aus Sternbildern Sagengestalten entstehen und ihre überlieferte Geschichte am Planetariumshimmel abläuft.

So erwächst etwa aus dem Sternbild „Leier“ die Sage des berühmten antiken Sängers Orpheus und seine geliebte Eurydike. Um das Sternbild Andromeda rankt sich die Geschichte der gleichnamigen Prinzessin, die nur dank Perseus dem Opfertod durch ein schreckliches Seeungeheuer entging. Und noch eine weitere Legende wird bei der Vorstellung von einem

Sternbild abgeleitet, nämlich die des Minotaurus, der halb Mensch, halb Stier im Labyrinth auf Kreta sein Unwesen trieb. Er findet im Sternzeichen „Taurus“ seinen himmlischen Bezug.

Die sehr sehenswerten Legenden des Nachthimmels, die schon Kinder ab 10 Jahren bestaunen können, werden an zwölf Dezemberterminen angeboten und stehen auch im neuen Jahr regelmäßig auf dem Programm des Zeiss-Großplanetariums.

Nähere Angaben unter: <https://www.planetarium.berlin/veranstaltungen/legenden-des-nachthimmels> ■

